

Gedenken im Nachkrieg Die „Friedland-Gedächtnisstätte“

Birgit Schwelling

Während die Errichtung von Denk- und Mahnmalen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem durch die Alliierten und die überlebenden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erfolgte, baute die westdeutsche Kriegsfolangesellschaft in den 1950er-Jahren eine Vielzahl von Denkmälern. Neben den Denkmälern für getötete Soldaten, nun ohne die heroischen Posen früheren Gefallenen-Gedenkens gestaltet, wurden neuartige Gedenkzeichen eingeweiht, die der Erinnerung an die *Folgen* des Krieges gewidmet waren. Diese Kriegsfolgendenkmäler, die in den 1950er-Jahren zu Tausenden errichtet wurden, meist einen lokalen Bezug aufwiesen und sich durch einen häufig provisorischen Charakter auszeichneten, waren der Erinnerung an Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung, Aufbauarbeit etc. gewidmet, aber auch dem Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 sowie der Teilung Deutschlands. In ihrer Formensprache und ihrem Inhalt waren sich diese Gedenkzeichen sehr ähnlich. Sie symbolisierten Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Vertriebene, Trümmerfrauen oder Deutschland insgesamt als Opfer, enthielten sich jedoch einer Aussage über Ursachen und Schuldige. Die Darstellungsweise war überwiegend gegenständlich bzw. allegorisch und hauptsächlich auf das Motiv der Trauer ausgerichtet.¹

Die im Jahr 1967 errichtete, trotz ihrer Monumentalität weitgehend unbekannt gebliebene „Friedland-Gedächtnisstätte“,² die im Zentrum der folgenden Ausführungen steht, lässt sich einerseits dieser Gruppe der Kriegsfolgendenkmäler zurechnen, unterscheidet sich von ihnen jedoch in mancherlei Hinsicht. Anders als die seit Beginn der 1960er-Jahre in den meisten Fällen wieder demontierten Kriegsfolgendenkmäler legt bereits die massive Bauweise

¹ Vgl. u.a. Reinhart Koselleck/Michael Jeismann (Hg.), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994; George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993; Siegfried Seeger, *Wandlungen in der Einstellung zum Krieg, dargestellt an den westfälischen Ehrenmalen für die Kriegstoten*, phil. Diss. Münster 1962; Meinhold Lurz, *Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 6: Bundesrepublik*, Heidelberg 1987, S. 31ff., S. 182ff. Anders als der Titel vermuten lässt, beschränkt sich Lurz keineswegs nur auf Kriegerdenkmäler, sondern thematisiert auch Kriegsfolgendenkmäler. Vgl. zu den Gedenkzeichen für Kriegsgefangene Birgit Schwelling, *Politische Erinnerung. Der Verband der Heimkehrer und die Integration ehemaliger Kriegsgefangener in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft*, Habil. Frankfurt (Oder) 2007, S. 86-90; zu den Denkmälern der deutschen Teilung Maren Ullrich, *Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze*, Berlin 2006.

der Friedland-Gedächtnisstätte nahe, dass diese „für die Ewigkeit“ bestimmt sein sollte. Im Unterschied zu den unter anderem durch namentliche Nennung konkreter Personen lokal verorteten, in ihrer Größe eher bescheidenen Erinnerungszeichen an Flucht, Vertreibung oder Kriegsgefangenschaft erhob die Friedland-Gedächtnisstätte den Anspruch, ein zentrales Denkmal zu sein. Und anders als die lokalen Mahnmale versuchte sie, sowohl den Zweiten Weltkrieg als auch die Kriegsfolgen zu bilanzieren.



Die „Friedland-Gedächtnisstätte“. Zeitgenössische Postkarte des Verbandes der Heimkehrer (Quelle: Sammlung Birgit Schwelling)

Im vorliegenden Beitrag wird nicht nur nach Form und Inhalt des Denkmals gefragt, sondern ein besonderes Augenmerk auf den Kontext der Entstehung, auf beteiligte Akteure und auf Konflikte gerichtet, die sich in der zeh-

² Dies trifft auch auf die Forschung zu, die der Gedächtnisstätte bisher kaum Beachtung geschenkt hat. Vgl. aber Ulrich Schlie, *Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen*, München 2002, S. 150-153, sowie Ursula Köhler, Die Friedland-Gedächtnisstätte – ein Denkmal für den Frieden?, in: Michael Hütt u.a. (Hg.), *Unglücklich das Land, das Helden nötig hat. Leiden und Sterben in den Kriegerdenkmälern des 1. und 2. Weltkriegs*, Marburg 1990, S. 99-111. Beide thematisieren allerdings nicht den politischen Prozess der Entstehung des Denkmals. Schlies Ausführungen sind zudem missverständlich, da er die Friedland-Gedächtnisstätte als „Gedächtnisstätte Wiedervereinigungsdenkmal“ bezeichnet und sie als Beispiel für ein Denkmal anführt, das dem politischen Ziel der Wiedervereinigung gewidmet gewesen sei (S. 150).

jährigen Phase zwischen ersten Plänen im Jahr 1957 und der Einweihung im Jahr 1967 ergaben. Diese Geschichte ist zum einen deshalb von Interesse, weil die Initiative zur Friedland-Gedächtnisstätte von keinem Geringeren als Bundeskanzler Adenauer ausging, zunächst also an die Errichtung einer zentralen, offiziellen Gedenkstätte durch die Bundesrepublik gedacht war. Zum anderen lassen sich an diesem Beispiel auch Konjunkturen der Erinnerung in der Bundesrepublik verdeutlichen sowie einige theoretische Hinweise zu kollektiven Erinnerungen von Opferverbänden geben.

1. Adenauers Pläne zur Errichtung eines Denkmals in Friedland

Die Pläne zur Errichtung eines Denkmals durch die Bundesregierung nahe des Durchgangslagers Friedland (ca. 15 km südlich von Göttingen) gehen auf das Jahr 1957 zurück. Soweit aus den erhaltenen Unterlagen zu entnehmen ist, wurde die Idee im engeren Umfeld von Bundeskanzler Adenauer entwickelt, der sich das Projekt schnell zu eigen machte und sich für dessen Realisierung einsetzte.³ Die ersten Pläne sahen vor, ein Denkmal zu errichten, das der „Heimkehr“ im weitesten Sinne des Wortes“ gewidmet sein sollte.⁴ An anderer Stelle war die Rede von einem „Monument“, das „in die Zone hineinwirken und später als Mahnmal für die Zeit der Teilung Deutschlands und in Erinnerung an die Katastrophe von 1945“ dienen sollte.⁵ Gedacht war zunächst also nicht an ein Mahnmal für die Toten, sondern für diejenigen, die den Krieg überlebt hatten und von seinen Folgen betroffen waren. Während der Inhalt des geplanten Denkmals zunächst sehr vage blieb, konnten sich die beteiligten Akteure mit dem Durchgangslager Friedland rasch auf einen Ort für die Errichtung verständigen, war Friedland doch einer der symbolträchtigsten Orte des „Nachkriegs“ (Klaus Naumann) in der frühen Bundesrepublik. Adenauer ließ daher 1958 ein fünf Hektar großes Gelände um den „Hagen“ ankaufen, einer Anhöhe nahe dem Durchgangslager. Die finanziellen Mittel stammten aus der zweckgebundenen Spende eines Privatmanns aus Leverkusen. Weder Adenauer noch die Bundesrepublik traten als Eigentümer in Erscheinung. Vielmehr hatten sich die beiden Geistlichen im Lager Friedland, Pastor Lippert und Pfarrer Krahe, bereiterklärt, das Gelände im Auftrag des Bundeskanzlers

³ An der Entwicklung der Idee beteiligt waren die Bildhauerin Yrsa von Leistner sowie der katholische Geistliche im Durchgangslager Friedland, Pfarrer Krahe. Beide verfügten über gute Kontakte zu Adenauer.

⁴ Fricke an Oberländer, 25.2.1957, Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 106/24507. Der Jurist Fricke war für Adenauer offensichtlich zunächst als Unterhändler in dieser Sache tätig.

⁵ Vgl. Aktenvermerk Wolfrum [Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, BMVt], 11.3.1957, BAK, B 106/24507.

zu erwerben und es bis zur Gründung einer zunächst geplanten, allerdings nicht realisierten Stiftung treuhänderisch zu verwalten.⁶

Der Ort, an dem das Denkmal erbaut werden sollte, war symbolisch hoch aufgeladen und darüber hinaus auf spezifische Weise mit der politischen Biographie Adenauers verbunden. Im September 1945 von der britischen Militärregierung eingerichtet, ging das nahe der innerdeutschen Grenze gelegene Durchgangslager für Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte, Aussiedler, Zivilverschleppte und Kriegsheimkehrer im April 1952 in die Verantwortlichkeit des Landes Niedersachsen über.⁷ Seinen hohen Bekanntheitsgrad in der Nachkriegsöffentlichkeit und seine symbolische Aufladung als „Tor zur Freiheit“ erlangte Friedland vor allem als Durchgangslager für Kriegsgefangene, die aus östlichem Gewahrsam zurückkehrten. Die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit sowohl für den Ort als auch für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen erreichte ihren Gipfel im Oktober 1955, als im Anschluss an Adenauers Moskaureise unter großer Anteilnahme der Bürger und der Presse die letzten Transporte mit Heimkehrern aus der Sowjetunion in Friedland eintrafen.⁸

Nachdem der Bundeskanzler im September 1955 nach Moskau gereist war, bei dieser Gelegenheit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vereinbart und die mündliche Zusicherung erhalten hatte, dass 9.626 in der Sowjetunion noch zurückgehaltene deutsche Kriegsgefangene in die Heimat entlassen werden würden, kehrten die letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs 1955/56 nach Deutschland zurück.⁹ Nimmt man die Popularität Adenauers als Gradmesser, so zählten diese Ereignisse zu den Höhepunkten in seiner politischen Laufbahn. Noch rund zwölf Jahre später, im Mai 1967, fanden 75 Prozent der befragten Bundesbürger, dass

⁶ Vgl. Lippert an Dibelius, 27.7.1959; Nahm [BMVt], Niederschrift über die Besprechung am 5.9.1963 im BMVt betreffend die Errichtung der Friedland-Gedächtnisstätte, 13.9.1963, beide Schreiben in: BAK, B 106/24507.

⁷ Zur Geschichte des Lagers Friedland vgl. Wilfried F. Schoeller, Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland, in: ders., *Deutschland vor Ort. Geschichten, Mythen, Erinnerungen*, München 2005, S. 296-311; Dagmar Kleineke, Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945–1955, phil. Diss. Göttingen 1992, sowie die folgenden Schriften von offizieller Seite: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.), *20 Jahre Lager Friedland*, Bonn 1965; Niedersächsisches Innenministerium (Hg.), *Grenzdurchgangslager Friedland 1945–2000*, Hannover 2001.

⁸ Vgl. Robert G. Moeller, Heimkehr ins Vaterland. Die Remaskulinisierung Westdeutschlands in den fünfziger Jahren, in: *Militärhistorische Zeitschrift* 60 (2001), S. 403-436; ders., *War Stories. In Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley 2001, S. 88ff.

⁹ Vgl. Michael W. Krekel, *Verhandlungen in Moskau. Adenauer, die deutsche Frage und die Rückkehr der Kriegsgefangenen*, Bad Honnef 1996; Josef Foschepoth, Adenauers Moskaureise 1955, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1986) H. 22, S. 30-46; Helmut Altrichter (Hg.), *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext*, Bonn 2007; Susanne Schattenberg, „Gespräch zweier Taubstummer“? Die Kultur der Außenpolitik Chruschtschovs und Adenauers Moskaureise 1955, in: *Osteuropa* 57 (2007) H. 7, S. 27-46.

„die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Russland“ Adenauers größtes Verdienst gewesen sei.¹⁰ Und selbst in einer 1995 vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführten Umfrage zählten 59 Prozent der Befragten dies zu Adenauers herausragendsten politischen Leistungen.¹¹ Diese Umfrageergebnisse sind nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sich darin der große Stellenwert des auch von Adenauer selbst gepflegten Mythos vom „Befreier der deutschen Kriegsgefangenen“ widerspiegelt.¹² Dass die Moskareise im Urteil der westdeutschen Bevölkerung auch noch Jahrzehnte später als herausragender Erfolg erscheint, deutet auf die eminente gesellschaftliche Bedeutung hin, die der Kriegsgefangenenfrage bis Mitte der 1950er-Jahre zukam. Die symbolische Aufladung des Ortes Friedland als „Gefühlsraum“, „Geborgenheitsgebiet“ und als „Mythos der Heimat“¹³ ist nur dann zu verstehen, wenn man die „hohe emotionale Identifikation der deutschen Öffentlichkeit mit den Kriegsgefangenen“ in den 1950er-Jahren in Rechnung stellt.¹⁴ Als „das vielleicht wichtigste Thema der frühen Nachkriegszeit“¹⁵ besaß die Problematik weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus Bedeutung. Bilder von und Geschichten über Kriegsgefangene und Heimkehrer waren in der jungen Bundesrepublik zwischen 1950 und 1955 omnipräsent.¹⁶ Der Empfang zurückkehrender Kriegsgefangener im Lager Friedland, der Jubel des Wiedersehens, die Trauer der Angehörigen, die wieder einmal vergeblich nach Friedland gereist waren, die alte Dame, die Adenauer nach der Rückkehr aus Moskau dankbar die Hände geküsst hatte, wurden zu „Ikonen der Heimkehr“¹⁷, die eine weite mediale Verbreitung fanden.

Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion boten sich aus einem weiteren Grund als Symbol an, mit dem sich weithin geteilte Befindlichkeiten bündeln ließen. Die Tatsache, dass sich die Sowjetunion mit der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen über das Jahr 1948 hinaus nicht an unterzeichnete internationale Vereinbarungen hielt, sowie die in der Sowjetunion unter juristisch fragwürdigen Bedingungen durchgeführten Kriegsverbrecher-Prozesse machten die Gefangenen in der Wahrnehmung der bundesrepublikanischen

¹⁰ Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967*, Allensbach 1967, S. 187.

¹¹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Anmerkungen zu Adenauer*, München 2004, S. 184.

¹² Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953 bis 1955*, Stuttgart 1966, S. 487–556, bes. S. 530: „Ich war in Moskau, um für die Heimkehr vieler tausend Menschen zu kämpfen. Von dem Ausgang der Verhandlungen hing ihr Schicksal ab. Das habe ich während der Moskauer Tage nicht einen Augenblick vergessen.“

¹³ Vgl. Schoeller, *Mythos der Heimkehr* (Anm. 7), S. 296.

¹⁴ Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 141.

¹⁵ Peter Steinbach, Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr, in: Annette Kaminsky (Hg.), *Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener*, München 1998, S. 325–340, hier S. 326.

Öffentlichkeit zu unschuldigen Opfern – und zwar nicht nur einer fragwürdigen Justiz, sondern auch einer sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation. Die von den Zeitgenossen als brutal und ungerecht bewertete sowjetische Kriegsgefangenenpolitik verhinderte geradezu, dass differenzierte Fragen gestellt und diskutiert wurden, etwa nach tatsächlich Schuldigen unter den Verurteilten der Prozesse der Jahre 1949/50. Die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen boten somit einen Anknüpfungspunkt für das in der westdeutschen Gesellschaft weithin verbreitete Gefühl, zu den Opfern des Krieges, der Alliierten, der beginnenden Ost-West-Konfrontation, der bedrückenden Situation in den ersten Nachkriegsjahren insgesamt zu zählen.¹⁸

Vor diesem Hintergrund erschien Friedland geradezu prädestiniert für die Errichtung eines Denkmals, bündelten sich an diesem Ort doch viele der Befindlichkeiten, die das Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik wesentlich prägten. Aus Sicht der Zeitgenossen verfügte Friedland über einen weiteren Vorteil. Unweit der deutsch-deutschen Grenze gelegen, bot sich der Ort auch dafür an, die deutsch-deutsche Teilung in das Gedenken einzubeziehen. Die Vorstellungen über den genauen Inhalt und die Form des Denkmals blieben jedoch zunächst mehr als vage. Die Rede war von einem „Ehrenmal“,¹⁹ einer „Gedenkstätte“,²⁰ einer „Gedächtnisstätte“²¹ oder auch einem „Denkmal“.²² Adenauer selbst verfolgte zumindest anfänglich ein eng an seinen politischen

¹⁶ Überblicke bei Frank Biess (*Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany*, Princeton 2006) sowie Erhard Schütz (Von Lageropfern und Helden der Flucht. Kriegsgefangenschaft Deutscher – Popularisierungsmuster in der Bundesrepublik, in: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz [Hg.], *Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2005, S. 181-203). Michael Stolle (Das Wunder von Friedland. Die Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen und das Radio, in: *Rundfunk und Geschichte* 31 [2005] H. 3/4, S. 20-30) zeigt dies am Beispiel der Berichterstattung im Radio; Uta Schwarz (*Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren*, Frankfurt a.M. 2002, S. 195-208) weist die besondere Aufmerksamkeit nach, die der Problematik in den Wochenschauen zukam. Bei Habbo Knoch (*Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2001, S. 314-323) finden sich Hinweise der Thematisierung in Printmedien; Gerd Albrecht (Fern der Wirklichkeit. Deutsche Spielfilme der Nachkriegszeit zum Thema Kriegsgefangenschaft und Heimkehr, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik [Hg.], *Kriegsgefangene. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland, deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, Düsseldorf 1995, S. 100-105) gibt einen Überblick zu einschlägigen Filmen.

¹⁷ Vgl. Schütz, Von Lageropfern (Anm. 16), S. 187. Siehe auch Neil Gregor, „Is he still alive, or long since dead?“ Loss, Absence and Remembrance in Nuremberg, 1945–1956, in: *German History* 21 (2003), S. 183-203; Schwellung, Politische Erinnerung (Anm. 1), S. 28-39.

¹⁸ Zum „Viktimisierungsdiskurs“ der frühen Nachkriegszeit vgl. Moeller, *War Stories* (Anm. 8), der die Vertriebenen als zweiten wichtigen Repräsentanten dieses Opferdiskurses identifiziert.

¹⁹ Stellungnahme zur rechtlichen Möglichkeit für die Gestaltung der Trägerschaft eines Ehrenmals in Friedland [BMVt], 29.1.1960, BAK, B 106/24507.

²⁰ Globke [Bundeskanzleramt, BKAm] an Nahm, 3.5.1960, BAK, B 106/24507.

²¹ Vermerk Vogl [BMVt], 17.5.1960, BAK, B 106/24507.

²² Lippert an Vogl, 5.12.1960, BAK, B 106/24507.

Erfolg angelehntes Projekt, nämlich ein Denkmal zur Erinnerung an die „Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der UdSSR im Anschluß an den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau“.²³ Zu einem späteren Zeitpunkt verfolgte er den Plan, „eine Gedenkstätte für das Schicksal zu errichten, das sich in Friedland abgespielt hat und das durch Friedland symbolisiert wird“,²⁴ erweiterte damit also den Kreis der zu Gedenkenden um Vertriebene, Flüchtlinge, Zivilversleppte und Aussiedler. Von Seiten des Bundesministeriums für Vertriebene (BMVt) wurde ähnlich dem Vorschlag Adenauers ein Denkmal für heimkehrende Kriegsgefangene, Vertriebene und Aussiedler favorisiert.²⁵ Im Jahr 1963 wurde schließlich Einigkeit darüber erzielt, dass „an die Schicksale von vielen Millionen Vertriebenen, Flüchtlingen und Heimkehrern“ erinnert werden sollte. Genauer war die Rede von einer „Erinnerung an die Heimkehr der Kriegsgefangenen und Zivilversleppten als auch an die Aufnahme der Vertriebenen und Aussiedler“.²⁶

Diese inhaltliche Ausrichtung wurde auch deutlich an der Zusammensetzung der geplanten, allerdings nicht realisierten Stiftung, deren Mitglieder an den Entscheidungen zur Gestaltung des Denkmals beteiligt werden sollten. Neben Vertretern des Bundes, des Landes Niedersachsen, der zuständigen Kommunalstellen und der im Bundestag vertretenen politischen Parteien sollten dem Kuratorium Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, des Deutschen Roten Kreuzes, des Verbandes der Heimkehrer (VdH) und der Vertriebenenverbände angehören.²⁷ Damit war das vorgesehene Mahnmal deutlich auf die Verbände der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs ausgerichtet. Das Projekt hatte zudem aufgrund der Beteiligung der beiden großen Kirchen und der Lagergeistlichen einen christlichen Anstrich. Eine mögliche Beteiligung von jüdischen Organisationen oder Verbänden ausländischer Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war kein Thema. Angesichts der Tatsache, dass die unzähligen, in den 1950er-Jahren geschaffenen lokalen Erinnerungszeichen an Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung von eher kleinem Format waren sowie zum Teil einen provisorischen Charakter aufwiesen, hatte das Projekt aufgrund seiner geplanten Größe und Monumentalität einen besonders hervorgehobenen Charakter.²⁸ Insbesondere Adenauer

²³ So Selbach [BKAm] gegenüber Vogl. Vgl. Vermerk Vogl, 7.12.1962, BAK, B 106/24507.

²⁴ Nahm, Niederschrift über die Besprechung am 5.9.1963 im BMVt betreffend die Errichtung der Friedland-Gedächtnisstätte, 13.9.1963, BAK, B 106/24507.

²⁵ Vermerk von Hoffmann [BMVt], 3.7.1963, BAK, B 106/24507.

²⁶ Nahm an Krüger [Bund der Vertriebenen, BdV], 5.9.1963, BAK, B 106/24507.

²⁷ Globke an Nahm, 29.4.1960, BAK, B 106/24507.

²⁸ Im Schriftwechsel wurde immer wieder auf die geplante Größe hingewiesen. Die Rede war etwa von einer „Kolossalfigur“ (Entschließung, 10.2.1958, BAK, B 106/24507), von der „Errichtung einer Gedenkstätte großen Ausmaßes in Friedland“ (Vermerk Dauge [BMVt], 9.7.1959, BAK, B 106/24507) oder von einem „Monumentalbau“ (Kießling [VdH] an Kellner [Oberkreisdirektion Göttingen], 7.11.1959, BAK, B 106/24507).

sah darin jedoch kein partikulares Gedenken, sondern eine Erinnerung, an der „unsere gesamte Bevölkerung interessiert [ist]“.²⁹

Obwohl die inhaltliche Ausrichtung und der gewählte Standort des Denkmal-Projekts grundsätzlich dem Zeitgeist entsprachen, fand die Idee zunächst wenig Begeisterung. Ein erster Vorbehalt betraf die von den Zeitgenossen als „katholisch“ interpretierte Ausrichtung des Projekts. Die anfänglichen Pläne sahen ein „weit über die Zonengrenze sichtbares christliches Monument“ vor,³⁰ konkret die Errichtung einer durch Yrsa von Leistner zu schaffenden monumentalen Christusstatue.³¹ Gegen diese Gestaltung wandte sich zum einen der Kreistag des Landkreises Göttingen, der in einer EntschlieÙung vom 10. Februar 1958 festhielt, dass „eine solche Kolossalfigur [...] nicht dem religiösen Empfinden der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unseres Kreises“ entspreche.³² Der evangelische Pfarrer im Lager Friedland, Pastor Lippert, äußerte ähnliche Bedenken, indem er vor der Schaffung einer „katholischen Wallfahrtsstätte in Friedland“ warnte.³³ Die Idee einer Christusstatue wurde daraufhin fallengelassen.³⁴

Weitere Bedenken betrafen den Zeitpunkt der Errichtung, die Kosten des Projekts und die Größe der geplanten Anlage. Insbesondere Theodor Oberländer, den Adenauer in seiner Funktion als Minister für Vertriebene für das Projekt zu gewinnen suchte, war sehr kritisch eingestellt – nicht zuletzt aufgrund der in den Jahren 1957/58 wieder sprunghaft gestiegenen Anzahl von Personen, die nach Friedland kamen.³⁵ Der Bau eines solchen Denkmals sei verfrüht. „Erst einmal muss den nach Friedland jetzt fast täglich einströmenden Menschen geholfen werden“, so Oberländer an Bischof Dibelius, „ehe man sich mit einem so kostspieligen Projekt befassen kann.“³⁶ Auch der Bundeskanzler, so Oberländer weiter, könne sich diesem Argument nicht verschließen, zumal „zahlreiche Zuschriften aus allen Bevölkerungsteilen“ gezeigt hätten, „daß man im augenblicklichen Zeitpunkt kein Verständnis für die Errichtung eines Mahnmals aufbringen würde“. Oberländers Argument wurde

²⁹ Adenauer an Kießling, 8.8.1966, BAK, B 106/24507.

³⁰ Vgl. Aktenvermerk Wolfrum, 11.3.1957, BAK, B 106/24507.

³¹ Vgl. Aktenvermerk Dauge, 9.12.1960, BAK, B 106/24507.

³² EntschlieÙung in: BAK, B 106/24507.

³³ Lippert an Dibelius, 27.7.1959, BAK, B 106/24507. Dibelius schloss sich den Bedenken seines Amtsbruders in seinem Antwortschreiben vom 30.7.1959 (ebd.) an, indem er die Errichtung einer Christusstatue als „unmöglich“ bezeichnete und alternativ für ein „großes Holzkreuz“ plädierte.

³⁴ Vgl. Aktenvermerk Dauge, 9.12.1960, BAK, B 106/24507.

³⁵ War die Zahl der ankommenden Personen im Jahr 1956 auf rund 25.600 gefallen, waren es im Rahmen der „Operation Link“ genannten Familienzusammenführung 1957 rund 103.000 und 1958 rund 127.000 Personen, überwiegend Aussiedler. 1959 ging die Zahl wieder zurück (rund 24.300). Vgl. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, *20 Jahre Lager Friedland* (Anm. 7), S. 82.

³⁶ Oberländer an Dibelius, 18.3.1958, BAK, B 106/24507.

in ähnlicher Form vom Göttinger Kreistag in seiner bereits erwähnten Entschließung vom 10. Februar 1958 vorgebracht. Auch von dieser Seite wurde darauf hingewiesen, dass mit einem Gedenken in Friedland erst dann begonnen werden könne, „wenn das Lager in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft seine Aufgabe erfüllt haben wird“. Die Abgeordneten waren der Ansicht, dass die verfügbaren Mittel besser den karitativen Verbänden im Lager und den Hilfebedürftigen zur Verfügung gestellt werden sollten, anstatt das Geld in ein Mahnmal zu investieren.³⁷

Diesen Argumenten konnte sich Adenauer nicht verschließen. Insbesondere Oberländers Hinweis auf die mangelnde Zustimmung der Bevölkerung zum Denkmal bewog den Kanzler, das Projekt auf Eis zu legen. Am 14. Mai 1959 teilte der Leiter des Kanzlerbüros Selbach Pfarrer Krahe mit, im Kanzleramt werde derzeit „übereinstimmend“ die Auffassung vertreten, „daß es im Hinblick auf die politische Lage zweckmäßiger sei, die Angelegenheit zunächst nicht voranzutreiben“. Auch das Argument des falschen Zeitpunkts war im Kanzleramt inzwischen auf offene Ohren gestoßen. Zunächst müsse „die immer noch im Gange befindliche Rückführung von Heimkehrern und Umsiedlung von Ostdeutschen zum Abschluß gekommen sein. Die Durchführbarkeit des gesamten Projekts hängt nach Ansicht aller beteiligten Instanzen wesentlich davon ab, daß für die weiteren notwendigen Maßnahmen der richtige Zeitpunkt gewählt wird.“³⁸ Eine Preisgabe des Projekts war damit jedoch keineswegs verbunden. Der Bundeskanzler werde „nicht ohne weiteres auf die Schaffung einer Gedenkstätte verzichten“.³⁹

2. Die Realisierung des Denkmals durch den Verband der Heimkehrer

Die Phase des Moratoriums machte sich der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen insofern zu Nutze, als es ihm im zweiten Anlauf gelang,⁴⁰ das Projekt an sich zu ziehen. Mit dem im März 1950 gegründeten Zentralverband der bis dahin verstreut existierenden Interessengruppen ehemaliger Kriegsgefangener übernahm ein Akteur die Initiative, der besonders in den 1950er-Jahren zu den einflussreichen und mitgliederstärksten Verbänden der Bundesrepublik zählte (1955: rund 500.000 Mitglieder). Seine Betätigungsfelder reichten vom Einsatz für die Freilassung der noch zu-

³⁷ Entschließung in: BAK, B 106/24507. Ähnlich: Dibelius an Oberländer, 27.2.1958, BAK, B 106/24507. Die genannte Streitfrage ist im Übrigen ein Dauerthema der Planungsgeschichte von Denkmälern seit dem Ersten Weltkrieg.

³⁸ Selbach an Pfarrer Krahe, 14.5.1959, BAK, B 106/24507.

³⁹ So Dauge in einem Aktenvermerk vom 9.12.1960 (BAK, B 106/24507) unter Bezugnahme auf ein Gespräch mit Selbach.

rückgehaltenen Kriegsgefangenen und so genannten „Kriegsverurteilten“ über Lobbyarbeit im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung bis hin zur politischen Bildungsarbeit. Zu seinen größten politischen Erfolgen zählte die Durchsetzung des 1954 verabschiedeten Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes. Der VdH war außerdem maßgeblich an der öffentlichkeitswirksamen Etablierung des Gedenkens an die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen beteiligt. In der ersten Hälfte der 1950er-Jahre veranstaltete der Verband mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung und unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit „Kriegsgefangenen-Gedenkwochen“, bei denen bundesweit die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wurde. Auf seine Initiative ging zudem eine Wanderausstellung zum Thema Kriegsgefangenschaft zurück, die von 1951 bis Mitte der 1960er-Jahre in über 100 Städten der Bundesrepublik und vereinzelt auch im Ausland gezeigt und von insgesamt rund 1,7 Millionen Personen besucht wurde. In Denkmalprojekten engagierte sich der VdH ebenfalls stark. Bis Mitte der 1960er-Jahre errichtete der Verband rund 1.800 überwiegend lokale Mahnmale zur Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft, von denen heute allerdings nur noch wenige existieren.⁴¹

Bereits die ersten Pläne für die Friedland-Gedächtnisstätte sahen vor, den VdH maßgeblich zu beteiligen. Allerdings sollte der Verband nur einer der in der Stiftung vertretenen Akteure sein. Ob die Institutionen, die in die Stiftung berufen werden sollten, in der Angelegenheit zu wenig Initiative erkennen ließen⁴² oder ob sie sich aufgrund des wenig transparenten und zum Teil fragwürdigen Vorgehens des VdH schließlich zurückgezogen haben,⁴³ muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurde der VdH seit 1963 von offizieller Seite als

⁴⁰ Aus einem Vermerk von Ministerialrätin Vogl über einen Besuch von Pfarrer Krahe im BMVt geht hervor, dass ein erster Anlauf in dieser Richtung gescheitert war. Der Geschäftsführende Präsident des VdH, Werner Kießling, der sich inzwischen mit von Leistner zusammengetan und bei Adenauer vorgesprochen hatte, habe in diesem Gespräch über seinen Besuch in Friedland und sein Treffen mit den beiden Lagergeistlichen fälschlicherweise behauptet, dass Übereinstimmung darüber erzielt worden sei, dass der VdH die als Träger vorgesehene Stiftung „Gedenkstätte Friedland“ errichte und von sich aus einzelne Persönlichkeiten in den Vorstand und Beirat berufe. Krahe hatte diese Behauptung gegenüber Vogl richtiggestellt und darauf hingewiesen, „daß man bei dieser Form die Stiftung dem Heimkehrerverband völlig ausliefere und ihm freie Hand gebe, welche Kreise er beteilige bzw. ausschließe. Herr Dr. Krahe steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Stiftung durch den Herrn Bundeskanzler errichtet, der Heimkehrerverband aber zur Mitarbeit gebeten werden soll.“ (Vermerk Vogl, 30.9.1959, BAK, B 106/24507) Nach diesem Eklat hatte Kießling zunächst behauptet, dass der VdH kein Interesse mehr an dem Projekt habe (Kießling an von Leistner, 2.12.1959, VdH-Archiv, Ordner „Heimkehrer-Künstler stellen aus“).

⁴¹ Für Nachweise vgl. Schwelling, Politische Erinnerung (Anm. 1). Im September 2006 hat sich der Verband aufgelöst. Das VdH-Archiv, auf dessen Bestände im Folgenden unter anderem zurückgegriffen wird, wurde nach der Auflösung vom Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg i.Br. übernommen.

⁴² Hinweise darauf, dass zumindest der BdV kein besonders Engagement in dieser Frage zeigte, finden sich in: Nahm an Krüger, 5.9.1963, BAK, B 106/24507.

Bauherr adressiert, zumeist auch als Initiator des Denkmalprojekts.⁴⁴ Vom ursprünglich vorgesehenen Unterstützerkreis war zu Beginn der Umsetzung des Projekts neben dem VdH nur noch der Bund der Vertriebenen (BdV) geblieben, der später jedoch nicht mehr in Erscheinung treten sollte. Und schließlich gibt es Hinweise darauf, dass Adenauer zumindest einige der Fäden in der Hand behielt.⁴⁵



Die „Grenzlandfahrt“ der „Friedlandglocke“ führte im Frühjahr 1964 von Friedland aus unter anderem nach Bayern, in den Schwarzwald, ins Saargebiet, durch die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bis zur Nordseeküste – und zurück nach Friedland.
(Quelle: Der Heimkehrer 15 [1964] H. 9, S. 3.)

Von April bis Juli 1964 führte der VdH mit freiwilligen Helfern aus den eigenen Reihen sowie Mitgliedern des BdV eine Haus- und Straßensammlung durch.⁴⁶ Diese Spendenaktion, über die in der Presse ausführlich berichtet

⁴³ Vgl. Anm. 40. Hinweise, die diese Interpretation stützen, finden sich außerdem in einem Schreiben Pastor Lipperts an von Hoffmann vom 29.8.1966 (BAK, B 106/24507). Darin weist Lippert darauf hin, dass ihn ein nicht näher erläutertes „Verhalten“ des VdH „recht enttäuscht“ habe und er sich unter anderem aus diesem Grund im Zusammenhang mit dem Denkmal nicht weiter engagieren wolle.

⁴⁴ Vgl. u.a. Nahm an VdH, 22.8.1963, VdH-Archiv, Ordner „Friedlandgedächtnisstätte I“.

⁴⁵ Offenbar hat Adenauer den schließlich realisierten Entwurf ausgewählt. Vgl. dazu ausführlich Schwelling, Politische Erinnerung (Anm. 1), S. 107-111.

wurde,⁴⁷ brachte die beachtliche Summe von 527.634,83 DM ein, die den Finanzrahmen für die Realisierung des Projekts absteckte.⁴⁸ Dass sich die Verwirklichung trotz der vorhandenen finanziellen Mittel über vier Jahre hinzog, war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ein erster, vom Verband ausgelobter Wettbewerb kein Ergebnis erbrachte. So wurde eine zweite Ausschreibung notwendig, die mit 33 eingereichten Entwürfen auf wesentlich größere Resonanz stieß. Schließlich entschied sich das VdH-Präsidium entgegen dem offensichtlich nicht als bindend verstandenen Votum der unabhängigen fünfköpfigen Jury für den Vorschlag des Entwurfteams Wachter und Bauer aus München, der mit leichten Abänderungen realisiert und am 15. Oktober 1967 feierlich eingeweiht wurde. Zuvor hatte Altbundeskanzler Adenauer am 15. Mai 1966 den Grundstein der Friedland-Gedächtnisstätte auf dem Hagen gelegt.

Entsprechend der Symbolik des Ortes war die Bedeutung der Friedland-Gedächtnisstätte in der Grundstein-Urkunde zwischen einem traditionellen, heroisierenden Kriegsgedenken an gefallene Soldaten, einem mit Erinnerungen an den Nachkrieg verbundenen universalen Mahnen sowie einer Dankes- und Versöhnungsgeste angesiedelt: „Möge das Mahnmal vom Opfergang des deutschen Volkes und seiner Söhne künden, die als Soldaten oder Zivilisten, als Kriegsgefangene, Verschleppte, Vertriebene oder Flüchtlinge in besonderer Weise Opfer des 2. Weltkrieges und seiner Folgen wurden. // Möge es künden von einer Generation, die sich in Ehrfurcht vor den Opfern jeder Gewalt neigt. // Möge es ein Mahnmal der Hoffnung, des Dankes und der Versöhnung sein, das ohne Anklage noch in Jahrhunderten den Willen zur Freiheit, den Mut zur Gerechtigkeit, zur Menschenwürde und zum Frieden bekundet.“⁴⁹ Diese Hervorhebung der deutschen Opfer des Krieges wiederholte der niedersächsische Ministerpräsident Georg Diederichs bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte. Er sprach davon, dass Friedland „zu einem Symbol für das schwere Schicksal unseres Volkes“ geworden sei, und erwähnte dabei beson-

⁴⁶ Öffentlichkeitswirksam wurde dabei die „Friedlandglocke“, eines der wichtigsten Symbole im Verbandsleben, auf einem offenen LKW durch die Republik geschickt. Am LKW befestigt war ein Transparent mit der Aufschrift „Bringt euer Dankopfer zur Errichtung der Friedland-Gedächtnisstätte“. Die Glocke, die für den Verband das „Symbol der Freiheit“ und der „Befreiung aus der Fron des Lagers und der glücklichen Heimkehr“ sowie ein „Symbol erfüllter Hoffnung“ darstellte, machte in zahlreichen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Station (die Zahlenangaben in der Presse und in den Verlautbarungen des VdH schwanken zwischen 87 und 150). Die Ortsverbände des VdH veranstalteten aus diesem Anlass Feierstunden, in deren Rahmen die Glocke feierlich begrüßt wurde. (Zitate aus: *Der Heimkehrer [DH]* 15 [1964] H. 9, S. 1; H. 11, S. 5.)

⁴⁷ Vgl. die Presseauschnittsammlung in: VdH-Archiv, Ordner „Friedlandglocke 1964“.

⁴⁸ Angabe der Gesamtsumme u.a. in: *DH* 17 (1966) H. 9, S. 1. Der gesammelte Betrag ist auch deshalb beachtlich, weil er sich aus Kleinstspenden von teilweise nur 1,- DM zusammensetzte (vgl. die Sammellisten in: VdH-Archiv, 2 Ordner „Haussammlung Friedlandgedächtnisstätte“).

⁴⁹ Der Text der Grundstein-Urkunde ist abgedruckt in: *DH* 17 (1966) H. 10, S. 2.

ders die „heimkehrende[n] Kriegsgefangene[n], Zivilinternierte[n], Verschleppte[n] und Evakuierte[n], Flüchtlinge aus Mitteldeutschland und Heimatvertriebene[n] aus unseren Ostgebieten“.⁵⁰



Mahnmal der Hoffnung, des Dankes und der Versöhnung Tausende von Heimkehrern bei der Einweihung der Friedland-Gedächtnisstätte auf dem „Hagen“

Das Leid der Kriegsgeneration hat seine bitterste Erfahrung gefunden, als am Morgen vor Friedland wurde am 13. Oktober die Friedland-Gedächtnisstätte eingeweiht. Sie ist der Ausdruck zum Wissen zur Versöhnung mit allen Völkern, der dem Heil keinen Raum läßt und Frieden fordert.
Viele tausend Teilnehmer kamen trotz des Sturmes und leuchtenden Regens. Sie trafen sich nicht abhüten. Sie kamen von Finsberg und von den Alpen, vom Saarland und von Westfalen.
Während der Eröffnungsfeier der Heimkehrerfeier am Vormittag des 13. Oktober regnete es in Strömen. Aber die Heimkehrer mit ihren Angehörigen waren da und stundenlang. Zum erstenmal hat einer großen deutschen Heimkehrerverammlung – zuerst nach zurückgedenkten kann – hatte der Himmel sein Antlitz verändert, als ob es sich erlösen wollte zum Gedenken an dieses millionenfache Leid eines Volkes. Mitte im 19. Jahrhundert schickte in den Mittagsstunden hinaus auf den „Hagen“. Und ihr Opfer wurde belohnt. Der Sturm vertrieb die Regenwolken, anstehenden, klaren Strahlen des Himmels wurden freigegeben.
Nach die zahlreiche Prominenz hatte sich nicht abhalten lassen, ihre geliebte Sprache zu sprechen. Von der höchsten staatlichen Prominenz bis hinunter zum Gemeindeführer von Friedland, von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz und den zahlreichen bewährten Verbänden war alles vertreten, was Rang und Namen hatte. Sie waren voll des Dankes und des Lobes über die Organisation, über die Gestaltung der kurzen Feierstunden, über das Geld und Inhalt das Gedenken und über das große Werk. Sie waren voll Bewunderung. Und sie sagten es.
An den Föhren nahmen teil: Der Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident Dr. Heinrich Lübke, der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Ernst Gierke, der Ministerpräsident des Bundesverbandes der Heimatvertriebenen, Dr. Nuhn, der sachsenanhaltinische Minister für Vertriebene und Flüchtlinge, Herbert Hellmann, der Präsident des sachsenanhaltinischen Landtages, Hansjürgen Dr. Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Jans-



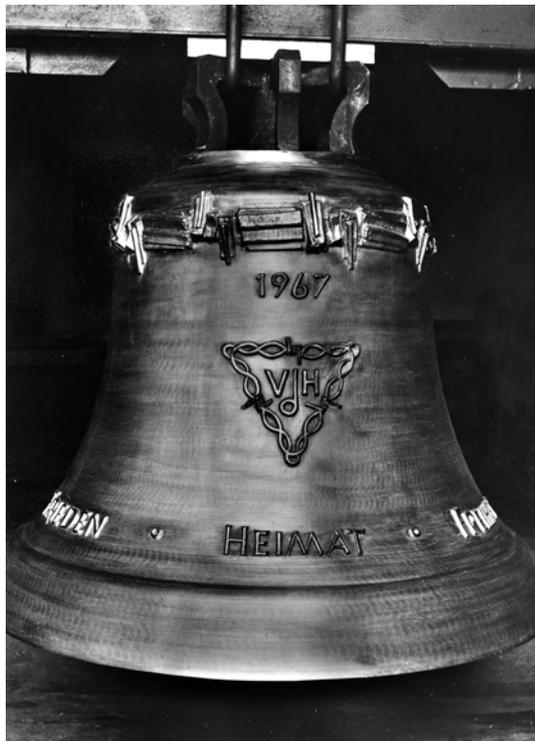
Unsere Antwort: Es mögen andere Denkmäler behaupten, werden oder gemacht sein. Wir sind nicht einem Denkmäler, sondern dem Gedenken verpflichtet. Wir sind der Generation, die die Verantwortung für die Verbrechen des Krieges übertrug. Wir tun es in den Diskussionen zwischen den Generationen und der Jugend, im Rahmen unserer politischen Bildungsaufgabe, im Rahmen unserer internationalen Beziehungen.
Wir versuchen es in Literatur und Dichtung. Das alles aber ist die Teilnahme der jungen Generationen. Und jeder weiß, daß es stets nur ein Bruchteil der gesamten Generation sein kann, wie es auch nur ein Bruchteil der Heimkehrer als Teil der Kriegsgeneration ist, der diesem Auftrag bewußt gelassen ist. Ein solches Mahnmal über überlebensfähige Jahrhunderte, wenn es nicht von Menschenhand mutwillig zerstört wird. Und selbst hier müßte man fragen, was Interesse daran haben könnte, da keine Anklage erhoben ist, da niemand gebrandmarkt wurde, da nicht für die eine, sondern alle Seiten der Schuld der Jahre die 1940er und 1950er Jahre, die Nachkriegszeit einbezogen sind: die Gefallenen, Vertriebenen und Verbannten, die Opfer der Bombenangriffe unter der Zivilbevölkerung – die 2 Millionen Polen, die im Verlauf der 4. Weltkriege zu Wasser an Lande, in der Luft, in Schiffs, Truppen, Frauen und Kinder ihr Leben lassen mußten mit den Kampfgeheimen, in den Jahren ihrer Verbrüderung, in den Konzentrationslagern in den Lagern der Verdrängung und der Gefährdung.
Bei dieser Besinnung und Deutung, die in den Schriftstücken überliefert ist und die von altem Material, das den Agenturen der Presse und allen öffentlichen Stellen vorher übergeben wurde, entnommen werden konnte, ist mancher Berichterstatter unverständlich. Daß es man, daß diese „Friedland-Gedächtnisstätte“ für zwei Millionen Menschen errichtet worden ist, die höher als Heimkehrer und

Titelseite der Verbandszeitschrift „Der Heimkehrer“, 25.10.1967

Das Mahnmal besteht aus vier flügelartigen, 28 Meter hohen Toren, die aus hellem Beton gefertigt sind, wobei die Monumentalität der Anlage durch ihren Standort auf einer Anhöhe noch verstärkt wird. Die Oberfläche der Tore ist bearbeitet, so dass ein reliefartiger Eindruck entsteht. Obwohl das Ensemble abstrakt gehalten ist, wurden die Betontore im Vorfeld der Errichtung durch den VdH gegenständlich gedeutet: als „Tore zur Freiheit“ und „kraftvolle Segel im Sturm“.⁵¹ Die in den Beton „eingegrabenen Fluchtlinien“ interpretierte der Verband als „Narben der Zeit“.⁵² In eines der Tore ist eine Glocke eingelassen, die in ihrer Form an die vor der Evangelischen Lagerkirche aufgestellte „Friedlandglocke“ angelehnt ist. Die Glocke der Gedächtnisstätte ist an ihrem oberen

⁵⁰ Die Ansprache ist abgedruckt in: DH 18 (1967) H. 20, S. 9.
⁵¹ Kießling, So wirken wir in das Morgen hinein, in: DH 17 (1966) H. 9, S. 1.
⁵² VdH-Rechenchaftsbericht 1964–1966, S. 93.

Rand mit Stacheldraht umwickelt, trägt das VdH-Abzeichen, die Jahreszahl 1967 und die Inschrift: „Freiheit – Heimat – Frieden – Brot – Familie“.



Glocke in der „Friedland-Gedächtnisstätte“.
Zeitgenössische Postkarte des Verbandes der Heimkehrer
(Quelle: Sammlung Birgit Schwelling)

Auf den Toren sind insgesamt zwölf Tafeln angebracht, deren Inschriften bilanzierend auf ausgewählte Personenkreise verweisen und den Verlust an Menschenleben in Zahlen zum Ausdruck bringen.⁵³ Der Fokus liegt dabei auf der Bilanzierung von Kriegsgefangenschaft, Flucht, Vertreibung und Verschleppung. Auf der ersten Tafel (Tor 1) werden zunächst die „Sprecher“ des Mahnmals kenntlich gemacht, zum anderen wird eine Gesamtzahl von Kriegstoten genannt – der Zusammenhang bleibt etwas unklar: „Wir kamen auf den Straßen des Krieges, der Gefangenschaft, Flucht und Verfolgung – aus der Heimat vertrieben. 50 Millionen Menschen ließen auf allen Kontinenten und Meeren ihr Leben: gefallen, getötet, umgekommen.“ Auf Tafel 10 (Tor 4) wird die Ur-

⁵³ Siehe *DH* 18 (1967) H. 19, S. 3. Daraus auch die folgenden Zitate.

heberschaft der Gedächtnisstätte spezifiziert: „1967 errichteten Heimkehrer dieses Mahnmal.“

Auf weiteren Tafeln werden die deutschen zivilen und militärischen Opfer von Krieg, Flucht, Vertreibung, Verschleppung und Gefangenschaft im Einzelnen anhand von Zahlen ausgewiesen. Die teils scheinbar exakten, teils pauschalen, stets aber sehr großen Zahlen dienen offenbar der Beglaubigung:

„9.340.900 Deutsche blieben im 2. Weltkrieg: 2.892.000 fielen als Soldaten, 2.846.000 Zivilpersonen und 1.250.000 Kriegsgefangene starben. Verschollen blieben: 1.163.600 Soldaten im Kampf, 100.300 in Kriegsgefangenschaft, 1.089.000 Zivilpersonen.“
(Tafel 2)

„Vertrieben wurden nach 1945 aus der Heimat ostwärts der Oder/Neiße und des Böhmerwaldes, aus Ost-Europa und aus Südost-Europa 15.000.000 Deutsche.“
(Tafel 4)

„Verschleppt wurden in die Weiten des Ostens 1944-47 1.000.000 deutsche Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder.“
(Tafel 5)

„Opfer der Vertreibung wurden mehr als 2.000.000 unschuldige Menschen, auf den Straßen elend gestorben, umgekommen aus Erschöpfung, durch menschliche Gewalt.“
(Tafel 6)

„In Kriegsgefangenschaft gerieten 10.500.000 deutsche Soldaten – 7.100.000 im Westen, 3.400.000 im Osten – verstreut in vielen tausend Lagern.“
(Tafel 8)

Im Unterschied zu anderen, im selben Zeitraum errichteten Mahnmalen wie etwa dem Ehrenmal im Bonner Hofgarten (1964) wurde hier nicht pauschal auf alle „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ verwiesen, sondern den deutschen Opfern eine besondere Aufmerksamkeit eingeräumt. Andere Opfergruppen finden, sieht man von der pauschalen Nennung von insgesamt 50 Millionen Opfern ab, keine Erwähnung. Dieses selektive Gedenken wird dadurch noch verstärkt, dass mit Tafel 9 ein nicht näher benannter Kreis von unfreien Personen in die Erinnerung einbezogen wird, wobei offenbar wiederum Deutsche gemeint sind: „1956 kam der letzte Transport – noch 1967 waren nicht alle frei.“ Darin spiegelt sich zum einen wider, dass der Verband auch nach der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion unvermindert an einer Aufklärungs- und Suchdienstretorik festhielt und sich, zumindest symbolisch, nicht bereitfand, die Suche nach zum Teil noch in sowjetischen Lagern vermuteten Vermissten zu beenden.⁵⁴ Zum anderen findet sich in dieser Inschrift die seit Mitte der 1950er-Jahre zu beobachtende Entgrenzung der in den Kreis der „Gefangenen“ einbezogenen Personengruppen, die

⁵⁴ Bis zur Einstellung der Verbandszeitschrift *Der Heimkehrer* mit der Auflösung des Verbandes im September 2006 fand sich darin die Suchdienst-Rubrik mit Vermisstenanzeigen.

mit der Bezeichnung von 17 Millionen DDR-Bürgern als „Gefangenen des Kalten Krieges“ ihren Höhepunkt fand. Und schließlich ist zu vermuten, dass sich damit auch die letzten noch in alliierten Gefängnissen einsitzenden, verurteilten Kriegsverbrecher angesprochen fühlen konnten.⁵⁵ Auffällig an dieser Tafel ist jedenfalls, dass sie im Vergleich zu den anderen Inschriften weitaus weniger eindeutige Aussagen enthält und daher für verschiedene Deutungen und Identifizierungen offen bleibt.

Auf Tafel 11 heißt es über den Zweck des Denkmals: „Dankzeichen für die Errettung – Mahnung an die Nachwelt, Freiheit und Menschenwürde niemals aufzugeben.“ Diese „Mahnung“ wird an anderer Stelle erneut aufgegriffen und durch einen Aufruf ergänzt: „Völker versöhnt euch!“ (Tafel 7) sowie „Völker entsagt dem Haß – versöhnt Euch – dienet dem Frieden – baut Brücken zueinander!“ (Tafel 12). Auf Tafel 3 schließlich ist ein Kreuz abgebildet. Mit diesem Rückgriff auf ein christliches Symbol wurde der Adressatenkreis abermals eingegrenzt, so dass sich insgesamt das Bild eines ambivalenten Mahnmals ergibt: Es changiert zwischen pauschalen Verweisen auf sämtliche Opfer des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen sowie auf die Völkergemeinschaft einerseits und eingeschränkteren Verweisen auf die (christlichen) deutschen Opfer vor und nach 1945 andererseits. Das verbindende Element ist ein unkonkretes Sprechen, das Fragen von Ursachen, Schuld und Verantwortung vermeidet.

Wie bereits in den Anfängen des Projekts, so wurde auch im Vorfeld der Realisierung der Friedland-Gedächtnisstätte Kritik laut. Zwar war es dem VdH gelungen, eine nicht unbeträchtliche Summe an Spendengeldern zu sammeln, was auf eine gewisse gesellschaftliche Zustimmung zum Projekt schließen lässt. Doch waren auch kritische Stimmen zu vernehmen, die sich im Unterschied zu den Anfängen des Projekts allerdings weniger auf pragmatische Gesichtspunkte als auf bestimmte inhaltliche Aussagen des Denkmals bezogen. Das betraf vor allem die Strategie, an den Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive der deutschen Opfer, insbesondere der Kriegsgefangenen, zu erinnern und diese als Symbol *des* Opfers schlechthin zu installieren. Dieses Ziel wurde nicht nur in den Inschriften des Denkmals deutlich, sondern auch in deren Erläuterung durch den VdH. So erhob Werner Kießling, der damalige Geschäftsführende Präsident des VdH, mehrfach den Anspruch, mit der Gedächtnisstätte für „alle Opfer“ zu sprechen, selbst wenn der Text der Grundsteinurkunde und die Inschriften der Gedächtnisstätte seine Aussage deutlich konterkarierten. Die Gedächtnisstätte sei „nicht einem Gruppenschicksal gewidmet“, sondern vielmehr „dem ganzen Volk in allen seinen Gruppierungen, in allen seinen Opfern und darüber hinaus der leidenden Menschheit“. Nicht nur „die eine, sondern alle Seiten der Opfer der Jahre des 3. Reiches und der Nachkriegszeit“ seien in

⁵⁵ 1967 befanden sich nur noch fünf deutsche Kriegsverbrecher in alliierten Gefängnissen; ungeachtet dieser geringen Personenzahl hatte das Thema für den VdH einen hohen Symbolwert.

das Denkmal einbezogen worden: „Die Gefallenen, Vermißten und Verschollenen, die Opfer der Bombenteppiche und der Zivilbevölkerung – die 50 Millionen Toten, die im Verlauf des 2. Weltkrieges zu Wasser, zu Lande und in der Luft, Soldaten, Greise, Frauen und Kinder, ihr Leben lassen mußten, auf den Kampffeldern, in den Kellern ihrer Wohnungen, in den Konzentrationslagern, in den Lagern der Verschleppung und der Kriegsgefangenschaft.“⁵⁶

Doch dieser expliziten Erwähnung der Konzentrationslager kann angesichts der Komposition der Inschriften nur eine Alibifunktion zugeschrieben werden – ein Umstand, der auch den Zeitgenossen nicht verborgen blieb und der im Unterschied zu den Anfängen des Projekts nun kritisch kommentiert wurde. Erkennen lässt sich dies beispielsweise an der Reaktion auf die Entwürfe der Inschriften von Seiten des BMVt, namentlich von Staatssekretär Peter Paul Nahm: „Schließlich gestatte ich mir, anzuregen, darüber nachzudenken, und zwar immer wieder unter meiner Prämisse [sic], daß das Ganze dem Inhalt der Schlußtafel zugeordnet sein soll – ob man auf eine Beizählung der Opfer der Konzentrations- und Vernichtungslager verzichten darf und ob von einem Hinweis auf die Blutopfer anderer Völker abgesehen werden kann.“⁵⁷

Zu diesem Schritt allerdings fand sich der VdH, den Änderungsvorschlägen gegenüber ansonsten durchaus aufgeschlossen,⁵⁸ nicht bereit. Kießling betonte erneut, dass „in den genannten 50 Millionen [...] auch die KZ-Opfer, ungenannt, enthalten“ seien, was bereits als „Fortschritt“ zu werten sei, „denn weder in Mauthausen noch in Dachau, noch in Bergen-Belsen ist auf die anderen Hekatomben von Opfern hingewiesen“.⁵⁹ Die Integration der Opfer der NS-Herrschaft in ein Mahnmal – über die pauschale Nennung der Zahl von 50 Millionen Opfern hinaus – war für den VdH im Jahr 1967 nicht denkbar, kostete es doch offensichtlich bereits erhebliche Überwindung, den in den ursprünglich

⁵⁶ Kießling, Das große Werk ist vollendet, in: *DH* 18 (1967) H. 20, S. 1.

⁵⁷ Nahm an Kießling, 13.7.1967, VdH-Archiv, Ordner „Friedlandgedächtnisstätte 13/67-9“.

⁵⁸ So wurden einige der im Zusammenhang mit der Vertreibung genannten Zahlen auf Anraten von Herbert Hupka (BdV) dem Forschungsstand angeglichen. Auch wurden die zunächst vorgesehenen Namen bestimmter Staaten und Regionen (Jugoslawien, Balkan, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn) ganz gestrichen bzw. ersetzt („Sowjetunion“ durch „Osten“), um dem Denkmal den anklagenden Charakter zu nehmen. Die ursprüngliche Inschrift von Tafel 9: „175.000 deutsche Soldaten trieb Jugoslawien in Sühnemärschen in die Lager – 80.000 kamen um“ wurde als besonders anklagend empfunden und daher vollständig gestrichen und ersetzt. Die ursprünglich geplanten Inschriften finden sich in: Kießling an Präsidium, 10.7.1967, VdH-Archiv, Ordner „Friedlandgedächtnisstätte 13/67-9“.

⁵⁹ Kießling an Präsidium und Landesverbände, 9.8.1967, VdH-Archiv, Ordner „Friedlandgedächtnisstätte 13/67-9“. Auch eine weitere Kritik von Nahms Seite griff der VdH nicht auf. Der Staatssekretär hatte sich an der Einbeziehung der Kriegsverbrecher in das Gedenken gestört; er fragte, „ob es sinnvoll sei, die wenigen, die individuelle Schuld auf sich geladen haben, so stark herauszustellen“. Auf Nahms Anregung wurde jedoch auf Tafel 1 der Begriff „Verfolgung“ hinzugefügt. Die ursprüngliche Version beschränkte sich auf die Formulierung „der Gefangenschaft, Flucht“ (vgl. Nahm an Kießling, 15.8.1967, BAK, B 106/24507).

geplanten Inschriften enthaltenen anklagenden Charakter herauszunehmen. Kießling informierte am Ende des Entscheidungsprozesses um das Denkmal und dessen Inschriften die Mitglieder des Verbandes darüber, dass „die Gedenktafeln für das Mahnmal auf dem ‚Hagen‘ [...] von jeder Anklage und somit auch von jeder Selbstanklage frei gehalten worden“ seien.⁶⁰ Wenn er betonte, dass man sich damit „über die Fesseln eigener Ressentiments“ erhebe, lässt sich diese Haltung nicht als bloße Rhetorik abtun, sondern demonstriert das schwierige psychologische Problem eines Verbandes und seiner Mitglieder, sich nach der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft nicht ausschließlich und vor allem nicht als alleinige Opfer zu definieren, sondern darüber hinaus als ehemalige Soldaten der Wehrmacht deren Beteiligung an der Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Regimes kritisch zu reflektieren.

Der Eindruck einer sich öffnenden Schere zwischen partikularen Verbands-erinnerungen auf der einen Seite und inzwischen (selbst)kritischer werdenden öffentlichen Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus auf der anderen Seite findet seine Bestätigung in Presseberichten über die Einweihung der Gedächtnisstätte. Die Journalisten bezeichneten das Denkmal als „Mahnmal für die deutschen Kriegsgefangenen“⁶¹ und als „Heimkehrer-Gedächtnisstätte“⁶² – eine Lesart, die auf Seiten des Verbandes auf deutliches Missfallen stieß.⁶³ Verschnupft zeigte sich der Verband auch über die vollständige Abwesenheit der Volksvertreter bei den Einweihungsfeierlichkeiten – ein weiterer Hinweis darauf, dass sich die Vergangenheitsdeutungen in der Bundesrepublik im Wandel befanden. Zwar hatte der VdH für die Grundsteinlegung vom Mai 1966 mit Adenauer eine bedeutende Persönlichkeit gewinnen können. Adenauer aber war persönlich mit dem Projekt verbunden und zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr im Amt.⁶⁴

Vergleicht man die Gästelisten der Einweihungsfeierlichkeiten mit denen der vom VdH veranstalteten Heimkehrer-Deutschland-Treffen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre, so wird deutlich, dass die politische Elite nun mit ausgesprochener Zurückhaltung auf die Einladungen des Verbandes reagierte.⁶⁵ Zwar hatte sich die niedersächsische Landesregierung bereiterklärt, die Gedächtnisstätte am Tag der Einweihung in ihre Obhut zu übernehmen,⁶⁶ aber die Politiker antworteten auf die Einladung dieser Gedenkstätte „des ganzen

⁶⁰ *VdH-Informations-Dienst* 41/X, 15.8.1967. Meine Hervorhebung.

⁶¹ *Welt*, 16.10.1967.

⁶² *Süddeutsche Zeitung*, 16.10.1967.

⁶³ Vgl. den Kommentar von Kießling, Das große Werk ist vollendet (Anm. 56).

⁶⁴ Die Einweihung fand dann erst nach Adenauers Tod statt.

⁶⁵ Die Gästeliste ist abgedruckt in: *DH* 18 (1967) H. 20, S. 1.

⁶⁶ Die Gedächtnisstätte wird heute von der Verwaltung des Grenzdurchgangslagers Friedland betreut. Vgl. Niedersächsisches Innenministerium, *Grenzdurchgangslager Friedland* (Anm. 7), S. 19. Inzwischen wird die Einrichtung als Erstaufnahmeort für Spätaussiedler und „Zentrum für Integration“ sowie seit März 2009 auch für irakische Flüchtlinge genutzt.

deutschen Volkes“, die der VdH ohne dessen Mandat errichtet hatte, durch demonstratives Fernbleiben. Kießling zeigte sich entrüstet darüber, dass „bei der Einweihung dieses in Deutschland wegen seines universellen Charakters einmalig dastehenden Mahnmals des ganzen deutschen Volkes kein einziger Vertreter der deutschen Volksvertretung anwesend war“. Das bleibe „der gravierende Schatten dieser geschichtlichen Stunde“. ⁶⁷ Seine Wünsche, dass „die gesamte Volksvertretung einmal Gelegenheit nimmt [...] dieses Mahnmal zu erleben“, dass „das ganze deutsche Volk in den folgenden Jahren aufbrechen wird, um diese Stätte zu sehen“ und dass „diese Mahnstätte einmal Wallfahrtsstätte werden [möge]“, gingen nicht in Erfüllung. Das Denkmal ist weitgehend unbekannt geblieben.

Schmierereien an der Friedland-Gedächtnisstätte

Unbekannte Täter haben in einer Nacht zwischen Weihnachten und dem neuen Jahr die Friedland-Gedächtnisstätte besudelt und Zerstörungen verursacht. Mit grüner Leuchtschrift wurden, nach vorherigem Überlackieren mit einer sogenannten Lasur, auf das Mahnmal die Worte „Dachau“ und „Lidice“ geschrieben, wobei auch zwei der Gedenktafeln überschmiert wurden. Auch wurde ein Teil der Scheinwerferbatterien, mit denen das Mahnmal bei Dunkelheit angestrahlt wird, zerstört. Die Täter versuchten außerdem die Stahltür zum Glockenturm aufzubrechen. Das Mahnmal der Heimkehrer in Friedland ist ein Mahnmal der Versöhnung, das nicht nur den Opfern des 2. Weltkrieges in aller Welt gewidmet ist, sondern auch den Verfolgten der Gewaltherrschaft. Das Präsidium des Verbandes der Heimkehrer ist über diese Untat empört und erwartet, daß seitens der zuständigen Stellen alles getan wird, die Täter ausfindig zu machen und sie der gerechten Strafe zuzuführen.



Ausgerechnet die Tafel mit der Inschrift „Völker entsagt dem Haß — Versöhnt euch, dienet dem Frieden — Baut Brücken zueinander!“ wurde an der Friedland-Gedächtnisstätte von den unbekanntem Tätern übermalt und durchgestrichen. Sie wollen keine Versöhnung und keinen Frieden, sondern den Haß lebendig halten, um weiterhin Zwietracht und Uneinigkeit zwischen den Völkern wachzuhalten. — Die zweite Tafel der Gedächtnisstätte, auf der das Wort Lidice geschrieben wurde, trägt die Inschrift: 2 340 000 Deutsche blieben im 2. Weltkrieg: 2 892 000 fielen als Soldaten, 2 846 000 Zivilpersonen und 1 250 000 Kriegsgefangene starben; verschollen blieben: 1 163 600 im Kampf, 100 300 in Kriegsgefangenschaft, 1 089 000 Zivilpersonen.“ Foto: Fritz Paul, Göttingen

„Das Mahnmal der Heimkehrer in Friedland ist ein Mahnmal der Versöhnung, das nicht nur den Opfern des 2. Weltkrieges in aller Welt gewidmet ist, sondern auch den Verfolgten der Gewaltherrschaft. Das Präsidium des Verbandes der Heimkehrer ist über diese Untat empört und erwartet, daß seitens der zuständigen Stellen alles getan wird, die Täter ausfindig zu machen und sie der gerechten Strafe zuzuführen.“ (Quelle: Der Heimkehrer 19 [1968] H. 1, S. 1.)

⁶⁷ Kießling, Das große Werk ist vollendet (Anm. 56).

Die schärfste Kritik an der Friedland-Gedächtnisstätte jedoch wurde von unbekannter Seite vorgebracht. Zwischen Weihnachten und Neujahr 1967/68 zerstörten Unbekannte die Scheinwerfer der Friedland-Gedächtnisstätte und übermalten die Inschriften auf zwei ihrer Tafeln mit den Worten „Dachau“ und „Lidice“.⁶⁸ Dies war ein deutliches Zeichen für eine im Wandel begriffene westdeutsche Erinnerungskultur. Während es dem VdH wie auch anderen Verbänden deutscher Opfer des Zweiten Weltkrieges im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik gelungen war, die öffentlichen Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus, des Krieges und an die unmittelbare Nachkriegszeit zu prägen, mehr noch: mit den eigenen Deutungen im Zentrum weithin geteilter vergangenheitsbezogener Befindlichkeiten zu stehen, waren die Vergangenheitsinterpretationen nun zu einem Anachronismus geworden, der nicht mehr unwidersprochen hingenommen wurde.

3. Die Konjunkturen der Erinnerung und die Pluralität von Erinnerungsmilieus

Die Geschichte der Friedland-Gedächtnisstätte verdeutlicht, dass sich seit den ausgehenden 1950er-Jahren ein grundlegender, verschiedene Ebenen betreffender Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur vollzogen hat. Exemplarisch ablesen kann man hier die sich deutlich öffnende Schere zwischen den sinnstiftenden Erinnerungen an Kriegsgefangenschaft, Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg und Wiederaufbau in den 1950er-Jahren sowie einer seit Ende der 1950er-Jahre (selbst)kritischer werdenden öffentlichen Bezugnahme auf die Zeit des Nationalsozialismus. In verschiedenen Städten wurden Kriegsgefangenen-Denkmäler demontiert, die nun als verzichtbar angesehen wurden. Diese Entwicklung war begleitet von der Errichtung neuer Denkmäler und der Einweihung von KZ-Gedenkstätten seit Mitte der 1960er-Jahre, die andere Akzente setzten und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Fokus rückten.

Zu diesem Wandlungsprozess gehörte auch die Rückkehr der Täter und ihrer Taten in die öffentlich kommunizierte Erinnerung. Der Ulmer Einsatzgruppenprozess und die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung der NS-Verbrechen im Jahr 1958, die Schändung der Kölner Synagoge an Weihnachten 1959, der 1961 in Jerusalem beginnende Eichmann-Prozess sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 sind neuralgische Ereignisse, durch die eine neue Phase der öffentlichen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Vergangenheit eingeleitet wurde.⁶⁹ Die Schockwirkung, die die antisemitisch motivierten Straftaten ausgelöst hatten, die öffentliche The-

⁶⁸ Vgl. *DH 19* (1968) H. 1, S. 1.

matisierung der Täter und ihrer Taten in den NS-Prozessen und der begleitenden Berichterstattung sowie die damit verbundene Sensibilisierung für die Kontinuität des politischen, administrativen und juristischen Personals waren zugleich Auslöser wie auch bereits erste Anzeichen für eine veränderte Erinnerungskultur, in deren Zentrum nun nicht mehr die Opfer von Flucht, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und Bombenkrieg standen.

Verschwunden waren diese Erinnerungen damit freilich nicht. Sie hatten im Unterschied zu den 1950er-Jahren zwar ihren Status als sinnstiftende, weithin akzeptierte „Meistererzählung“ eingebüßt, aber sie existierten weiter in den partikularen und vielfältigen Erinnerungsmilieus der Verbände von Kriegsveteranen, Kriegerwitwen, ehemaligen Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und Vertriebenen, aus denen sie stammten und in die sie nun gewissermaßen zurückkehrten. Dass diesen Erinnerungen seit der Jahrtausendwende wieder verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird (unter ganz anderen gesellschaftlichen, historiographischen und medialen Rahmenbedingungen),⁷⁰ deutet darauf hin, dass auch Erinnerungen Konjunkturen unterliegen. Sie können unter bestimmten Voraussetzungen wieder aus ihren partikularen Milieus heraustreten und für größere Teile der Gesellschaft attraktiv werden.

Die Geschichte der Friedland-Gedächtnisstätte enthält außerdem wichtige Hinweise auf die Reaktionen von Opferverbänden auf Konjunkturen von Erinnerungen. Der VdH brachte der nachlassenden Aufmerksamkeit für „seine“ Erinnerungen nur wenig Verständnis entgegen. In der Verbandszeitschrift „Der Heimkehrer“ wurde nicht nur über die mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit für die Friedland-Gedächtnisstätte empört berichtet, sondern auch über die Demontagen anderer Kriegsfolgedenkmäler.⁷¹ Die Entstehung neuer Denkmalsformen mit veränderten Inhalten stieß auf völliges Unverständnis.⁷² Der öffentlichen Erwähnung der nationalsozialistischen Verbrechen, in wel-

⁶⁹ Vgl. u.a. Hartmut Berghoff, Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den fünfziger Jahren, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998), S. 96-114; Manfred Hettling, Die Historisierung der Erinnerung – Westdeutsche Rezeptionen der nationalsozialistischen Vergangenheit, in: *Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte* 29 (2000), S. 357-378; Helmut König, *Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 2003, S. 30ff.; Peter Krause, *Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse*, Frankfurt a.M. 2002; Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 77-113.

⁷⁰ Die Literatur zu dieser Konjunktur deutscher Opfer-Erinnerungen ist inzwischen stark angewachsen. Vgl. einführend u.a. Bill Niven, *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*, Basingstoke 2006.

⁷¹ U.a.: Beginnt ein neuer Denkmalsturm?, in: *DH* 18 (1967) H. 7, S. 1; Gehören die Namen der Vermißten auf den Friedhof oder ins Museum?, in: *DH* 18 (1967) H. 10, S. 1; Mahnmale der Kriegsgefangenen in unwürdigem Zustand, in: *DH* 22 (1971) H. 21, S. 1.

cher Form auch immer, folgte wie ein Echo der Hinweis auf die deutschen Opfer – so etwa in einem Kommentar zur Gründung der Zentralstelle zur Aufklärung der nationalsozialistischen Verbrechen im Jahr 1958, in dem gefordert wurde, „daß auch die strafrechtliche Verfolgung der nach der Kapitulation in den Internierungslagern begangenen Verbrechen“ in Ludwigsburg betrieben und somit „die in den Kriegsgefangenenlagern an wehrlosen Gefangenen verübten Verbrechen“ aufgeklärt werden sollten.⁷³ In derartigen Aussagen zeigte sich nicht zuletzt die Unfähigkeit eines Verbandes, der die leidvollen Erfahrungen seiner Mitglieder ins Zentrum rückte, deren Erinnerungen in einen größeren Kontext einzuordnen. Wie auch bei anderen Verbänden deutscher Opfer zu beobachten, hatte sich der VdH in seine Erinnerungen eingesponnen. Aus diesem Kokon sollte kein Weg herausführen. Im Gegenteil: Festzustellen ist ein regelrechtes Einfrieren der Erinnerungen auf dem Niveau ihrer erstmaligen öffentlichen Artikulation zu Beginn der 1950er-Jahre; bis zu seiner Auflösung im Jahr 2006 hielt der Verband an den einmal etablierten Deutungen beharrlich fest. Diese Starrheit lässt sich nicht nur darauf zurückführen, dass der VdH etwa im Unterschied zu den Vertriebenenverbänden⁷⁴ bewusst und aus nachvollziehbaren Gründen auf die Rekrutierung von Mitgliedern aus den jüngeren Generationen verzichtete (und sich damit auch gegenüber generationenbedingten Veränderungen im Verband selbst in gewisser Weise immunisierte). Die fehlende Flexibilität verweist zugleich auf die Problematik der gesellschaftlichen Anerkennung von Erinnerungen, deren Verlust der VdH in einer sich pluralisierenden Erinnerungskultur befürchtete.

Dr. habil. Birgit Schwelling, Riemannstr. 34, D-04107 Leipzig,
E-Mail: birgit.schwelling@t-online.de

⁷² So beispielsweise in einem Kommentar zu den im Frühjahr 1967 in Berlin neu errichteten Gedenktafeln mit der Inschrift „Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen. Auschwitz, Stutthof, Maidanek, Treblinka, Theresienstadt, Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück, Bergen-Belsen“: Nicht jedes Mahnmal ist ein Mahnmal, in: *DH* 18 (1967) H. 5, S. 2.

⁷³ Vgl. Generalamnestie oder Generalbereinigung?, in: *DH* 10 (1959) H. 1, S. 7.

⁷⁴ Kritische, aber unvoreingenommene Forschungen zu den Strategiewechseln besonders des Bundes der Vertriebenen wären lohnend. Der BdV hat es unter Erika Steinbachs Führung offenkundig verstanden, den gesellschaftlich etablierten Gedenkdiskurs nicht mehr grundsätzlich abzulehnen, sondern ihn offensiv für die eigenen Interessen zu nutzen.